



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB
Mitglied des Finanzausschusses

| Middelberg: mittendrin |

19. August 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in der aktuellen Debatte zum **Thema Energie** wird leider wieder (auch von uns selbst) viel zu viel zerredet. Wir brauchen endlich **mehr Sachlichkeit und ein energiepolitisches Gesamtkonzept**. – Die Zukunft unserer Versorgung ist regenerativ. Darüber besteht kein Zweifel. Deshalb müssen wir die Nutzung der regenerativen Energien zielgerichtet weiter fördern und tun wir das gerade in Niedersachsen engagiert mit Offshore-Wind. Mehr als bisher müssen wir auch Energie sparen. Andererseits werden wir künftig zusätzlichen Strom z. B. für Elektromobilität brauchen. Und schließlich muss die Energie für den „Normalverbraucher“ noch bezahlbar bleiben.

2009 wurden etwa 16 % unseres Stroms regenerativ erzeugt. Auch wenn wir diesen Anteil erheblich steigern können, bleibt die Frage, wie die restliche Energiemenge erzeugt wird. Auf russisches Gas allein sollten wir uns nicht verlassen. Kohle wird einen Anteil beitragen. Aber die Kohleverfeuerung belastet unser Klima. Unsere Kernkraftwerke dagegen sparen so viel CO₂ wie der gesamte Straßenverkehr in Deutschland verursacht. Wir werden sie deshalb als Übergangstechnologie brauchen bis der Anteil regenerativer Erzeugung entsprechend gewachsen ist.

Ein Ausstieg ist immer auch eine Frage der Alternativen. Es nutzt nicht, wenn wir aussteigen, aber dann deutsche Verbraucher – und dies kann man weder politisch noch rechtlich verhindern – Kernenergiestrom von ausländischen Kraftwerken beziehen, die ggf. weniger sicher sind als unsere. Dann fördern wir durch unseren Ausstieg den Ausbau der Kernenergie bei unseren Nachbarn. – So hat E.ON z. B. auf der jüngsten Hauptversammlung schon angekündigt, seine Erzeugung aus Kernenergie in anderen europäischen Ländern zu steigern, um mögliche Abschaltungen in Deutschland zu kompensieren. – Näheres auf meiner Homepage: mathias-middelberg.de.

Aus der „Blauen Tonne“ in die USA – Mathias Middelberg nominiert Manuel Abels für Auslandsstipendium

Ein ganzes Jahr neuer Eindrücke und Herausforderungen in den Vereinigten Staaten stehen Manuel Abels nun bevor. Der 20-jährige gelernte Erzieher aus Belm, der neben seiner Ausbildung parallel im Wallenhorster Jugendzentrum „Blaue Tonne“ arbeitete, wurde von



Presse

Neue OZ vom 23. Juli 2010:

„Alternativen zur Gewerbesteuer prüfen“

Middelberg reagiert auf Ratsresolution

S. OSNABRÜCK. Der Osnabrücker CDU-Bundestagsabgeordnete Mathias Middelberg spricht sich in einem Schreiben an Oberbürgermeister Boris Pistorius dafür aus, die Ersetzung der Gewerbesteuer durch andere Steuern nicht rundweg abzulehnen, sondern Alternativen zu prüfen.

Middelberg antwortet mit dem Brief auf eine Resolution, die der Rat im Mai gegen die Stimmen der FDP verabschiedet hatte. Darin werden die Bundes- und Landespolitiker aufgefordert, „parteiübergreifend konkrete Schritte zur Stärkung der kommunalen Einnahmen und zur Begrenzung der kommunalen Ausgaben“ zu unternehmen.

Die Gewerbesteuer dürfe nicht wie geplant abgeschafft, sondern vielmehr gestärkt werden. Zudem dürfe es keine Steuersenkungen zulasten der Kommunen geben.

Wichtig sei eine „dauerhafte Verbesserung und Verstärkung“ der Finanzsituation der Kommunen, bekräftigt Middelberg in seinem Brief aus Berlin. Da die Gewerbesteuer jedoch auch Nachteile habe, wirbt er darum, die Arbeitsergebnisse der Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung abzu-

Mathias Middelberg für das **Parlamentarische-Patenschafts-Programm** ausgewählt. Das Programm – gemeinsam getragen vom Bundestag und vom US-Kongress – finanziert den Jugendlichen ein Jahr lang die Reisekosten, den Aufenthalt, einen College-Besuch und ggf. weitere Ausbildungsstationen in den USA. - „Manuel Abels ist aufgeschlossen, interessiert und sozial engagiert. Er wird ein guter Botschafter für uns in den USA sein“. – Interessierte junge Berufstätige, die das Förderprogramm für das nächste Jahr nutzen wollen, können sich noch bis zum 3. September 2010 bewerben. Informationen erhalten Sie in meinem Wahlkreisbüro.

Guttenberg zu Besuch

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg war Ende Juli zu Besuch in Osnabrück. RWE-Chef Jürgen Großmann hatte den Minister in das



Restaurant "La Vie" zu Essen und Diskussion eingeladen. Zuvor wurde er im Rathaus offiziell empfangen.

„Ein Hoch auf die Stasi“

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung lebt die DDR-Ideologie in den Köpfen vieler linker Politiker weiter. Landtagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ fordern die Wiedereinführung der Stasi, aber auch die innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Ulla Jelpke, äußert weiter offen ihre Sympathie für die ehemalige Staatssicherheit der DDR. In einem „Grußwort“ an die Teilnehmer einer Tagung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter schreibt sie: *„Viele von Euch wurden für ihren mutigen Einsatz für den Frieden nach dem Ende der DDR mit Gefängnis bestraft. Die Spione des Bundesnachrichtendienstes – eines von Altnazis aufgebauten aggressiven imperialistischen Dienstes – gingen dagegen für ihre Operationen gegen den Sozialismus straffrei aus. Diese Ungleichbehandlung“*, so meint Frau Jelpke, *„ist bis heute ein himmelschreiendes Unrecht“*. – Wenn eine Partei so offenbar keinen Unterschied sieht zwischen einem Nachrichtendienst unter demokratischer, rechtstaatlicher Kontrolle und einem Geheimdienst in der Hand einer diktatorisch herrschenden Partei, ist dies alarmierend.

Herzliche Grüße
Ihr

Mathias Middelberg

warten. Mit Vertretern von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden seien alle wesentlichen Beteiligten darin eingebunden.

Middelberg schreibt, dass er selbst auch noch keinen festen Standpunkt in dieser Frage habe. Nach seiner Ansicht helfen pauschale Feststellungen in einer Resolution nicht weiter. Er weist darauf hin, dass die Stadt Stuttgart unter Zugrundelegung des Modells der Stiftung Marktwirtschaft für sich höhere steuerliche Erträge berechnet habe.

„Für mich ist allerdings klar, dass nur dann ein Ersatz der Gewerbesteuer in Betracht kommt, wenn die ersetzenden Steueranteile einen hinreichend engen Bezug zur örtlichen Wirtschaft haben.“ Anderenfalls würden die Kommunen bestraft, die sich für ihre regionalen Unternehmen und Betriebe einsetzen.

Die in der Resolution formulierte Kritik, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz belaste zusätzlich die Kommunen, ist nach Middelbergs Ansicht „wenig überzeugend“. Vielmehr werde die dadurch gestärkte Kaufkraft bei Familien mittelfristig dazu beitragen, die Finanzlage der Kommunen zu stabilisieren.

Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de